

1 **Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates am 03. Februar 2013**

2 **Extremismus- was fordern wir?**

3

4 Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich für eine differenzierte und sachliche Auseinander-
5 setzung mit allen Formen des Extremismus in Schleswig-Holstein aus.

6 Extremismus, die aktiv kämpferische Haltung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung,
7 stellt ein Problem dar, nicht nur in Schleswig- Holstein. Zu oft stehen Emotionen im Mittelpunkt
8 dieser Diskussion, anstatt sachlich Fakten zu analysieren, so dass Linksextremismus in vielen De-
9 batten untergeht. Aber auch diese Form des Extremismus ist gegenwärtig und von großer Bedeu-
10 tung. So ist der Anstieg rechtsextremistischer Straftaten in den letzten Jahren zurückgegangen.
11 Linksextremisten entwickelten hingegen ein höheres Gewaltpotenzial, was zu einem stärkeren
12 Anstieg linksextremistischer Straftaten führt.¹

13 Prävention stellt einen wesentlichen Bestandteil im Kampf gegen jegliche Formen des Extremis-
14 mus dar. Seit mehreren Jahren nimmt die „Landesberatungsstelle gegen Rechtsextremismus“ diese
15 Aufgabe wahr und wurde von der Dänenampel ausgeweitet.

16 Die JU Schleswig-Holstein fordert daher, dass sich die Landesstelle nicht lediglich auf die Präventi-
17 on gegen Rechtsextremismus konzentriert, sondern gleichermaßen auch gegen Linksextremismus
18 agiert.

19 Auch die Schulen sollten Verantwortung für die Prävention übernehmen und sich auch dort diffe-
20 renziert und kritisch mit den Formen des Extremismus auseinandersetzen. Wir sollten dabei wei-
21 terhin verantwortungsbewusst mit unserer Geschichte umgehen, sie aber nicht zu einer Erinne-
22 rungskultur werden lassen. Inhalt dieser Auseinandersetzung sollten nicht nur Formen, Geschichte
23 und Entwicklung des Extremismus, sondern auch zukünftige Kommunikationsmittel zur Gewin-
24 nung von Sympathisanten sein. Das Internet und soziale Netzwerke werden in diesem Rahmen
25 eine entscheidende Rolle einnehmen und die Arbeit extremistischer Vereinigungen und Gruppie-
26 rungen prägen. Die Sensibilisierung für den verantwortungsbewussten Umgang mit Medien, insbe-
27 sondere mit persönlichen Daten in sozialen Netzwerken durch die Schulen ist ein unverzichtbarer

1

http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_linksextremismus/zahlen_und_fakten_linksextremismus_2011/zuf_li_2011_straftaten.html

http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus/zahlen_und_fakten_zum_rechtsextremismus/zuf_re_2011_gewalt_gesamt.html

28 Bestandteil für die Prävention gegen Extremismus. Ebenso sollten Behörden wie der Verfassungs-
29 schutz ihre Arbeit stärker auf das Internet fokussieren.

30 Sollten in Kommunen bereits extremistische Gruppierungen oder Parteien Fuß gefasst haben, ist
31 es wichtig, sich mit diesen auseinanderzusetzen. In Betrachtziehen sollten wir dabei auch, die Zu-
32 ständigkeit von Sozialarbeitern auszuweiten und diese bei Bedarf als Vermittler zwischen Gruppie-
33 rungen und den Kommunen einzusetzen.

34 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein

- 35 • Eine differenzierte und sachliche Auseinandersetzung mit jeglichen Formen des Extremis-
36 mus
- 37 • Ausweitung der „Landesberatungsstelle Rechtsextremismus“ auf Extremismus im weiteren
38 Sinne
- 39 • Feste Etablierung des Themas Extremismus im Lehrplan
- 40 • Verantwortungsbewusster Umgang mit Medien sowohl in den Schulen, als auch in Behör-
41 den
- 42 • Bedarfsweise Ausweitung der Sozialarbeit auf Vermittlung bei Konflikten mit extremisti-
43 schen Gruppierungen
- 44 • Linksextremistische Symbole und Zeichen zu verbieten.